



Prot. Nr. AM/32.01.05/84685

Bozen, 14.02.2011

Bearbeitet von:
Doris Fleischmann
Tel. 0471 417593
Doris.Fleischmann@schule.suedtirol.it

An alle Schulen des Landes
An die Freie Universität Bozen
An das Institut für Musikerziehung Bozen
An das Konservatorium Bozen
An den Bereich „Schulentwicklung“
An die Verwaltung des Nationalparkes Stilfserjoch
Rathausplatz 1
39020 Glurns

Zur Kenntnis: An die Abteilung 4 – Personal

An die Schulgewerkschaften

Mitteilung

Telematische Übermittlung der Krankheitsatteste – Neue Rechtsmittelbelehrung

Sehr geehrte Direktorinnen und Direktoren,
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Schulsekretariaten,

bereits mit Mitteilung vom 25. Oktober 2010 und mit Rundschreiben Nr. 10 vom 06.10.2010 des Generaldirektors Dr. Hermann Berger sind die Schulen des Landes über die telematische Übermittlung der Krankheitsatteste durch den behandelnden Arzt informiert worden. Seit wenigen Tagen erfolgt die Weiterleitung der telematischen Krankheitsatteste an die jeweiligen Dienststellen (siehe Rundschreiben des Generaldirektors Nr. 3 vom 08.02.2011).

Für die ordnungsgemäße Verwaltung der Abwesenheiten wegen Krankheit sind dabei folgende Ergänzungen zu beachten:

- für Lehrpersonen mit geändertem Dienstsitz aufgrund provisorischer Zuweisung oder Verwendung wird das Krankheitsattest an den Ort der Zuweisung bzw. der Verwendung übermittelt und von der betreffenden Schule verwaltet.
- Für Lehrpersonen mit Abkommandierung bzw. Freistellung an andere Ämter, Dienststellen oder Körperschaften wird das Krankheitsattest an die jeweilige Struktur der Abkommandierung übermittelt, welche dann für die unmittelbare Weiterleitung an die zuständige Schuldirektion verantwortlich ist, damit die Abwesenheit ordnungsgemäß verwaltet und die Kontrollvisite, sofern vorgesehen, durch die Schule beantragt werden kann.
- Bei einer teilweisen Abkommandierung und bei Projektfreistellung (ganz oder teilweise) wird das Krankheitsattest direkt und ausschließlich an die zuständige Schule übermittelt, diese setzt die



Dienststelle der Abkommandierung über den Krankenstand und dessen Dauer in Kenntnis.

- Die Krankheitsatteste für Direktorinnen und Direktoren sowie für beauftragte Direktorinnen und Direktoren werden an jene Schulen übermittelt, an denen der Führungsauftrag ausgeübt wird. Die jeweilige Schule sorgt für die unmittelbare Weiterleitung an das Schulamt.
- Die Anforderung der Kontrollvisite ist, sofern vorgesehen (siehe Rundschreiben Nr. 38/2008) nach wie vor beim zuständigen Sanitätsbezirk zu beantragen.

Neue Rechtsmittelbelehrung – Art. 31 des Gesetzes Nr. 183 vom 04.11.2010

Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes Nr. 183 vom 04.11.2010 galt bei Arbeitsstreitigkeiten im öffentlichen Dienst, dass einer gerichtlichen Klage zwingend ein Schlichtungsversuch vorausgehen musste. Seit dem 24.11.2010 ist gemäß Artikel 31 des zitierten Gesetzes die Verpflichtung zu einem Schlichtungsversuch aufgehoben. Somit lautet die neue Formulierung der Rechtsmittelbelehrung bei Akten der Personalverwaltung:

Gegen diese Maßnahme kann gemäß Artikel 63 des gesetzesvertretenden Dekrets vom 30. März 2001, Nr. 165, Rekurs beim ordentlichen Gericht eingereicht werden. Dem Rekurs kann laut Artikel 410 der Zivilprozessordnung ein Schlichtungsverfahren vorausgehen. Gemäß Artikel 412 der Zivilprozessordnung kann ferner ein Schiedsgerichtsverfahren angestrebt werden.

Wartestand gemäß Art. 18 des Gesetzes Nr. 183 vom 04.11.2010

Gemäß Artikel 11 der Anlage 4 des Landeskollektivvertrages vom 23.04.2003 können Lehrpersonen mit unbefristetem Arbeitsvertrag in einem Fünfjahreszeitraum zwei Jahre unbezahlten Sonderurlaub aus persönlichen, familiären oder Ausbildungsgründen beantragen. Aufgrund Artikel 18 des gesamtstaatlichen Kollektivvertrages vom 29.11.2007 kann dieser Sonderurlaub für die Dauer eines Schuljahres auch dafür genutzt werden, um eine andere Berufserfahrung zu machen. Gemäß Artikel 18 des Gesetzes Nr. 183 vom 04.11.2010 kann dieser Sonderurlaub für ein ganzes Schuljahr auch dafür beantragt werden, um in dieser Zeit eine andere Berufs- oder Unternehmertätigkeit auszuüben. Während dieses Zeitraumes kommen die Bestimmungen hinsichtlich Unvereinbarkeit von Tätigkeiten laut Artikel 53 des Legislativdekretes Nr. 165 vom 30.03.2001 nicht zur Anwendung.

Wird der Sonderurlaub im Hinblick auf Artikel 18 des gesamtstaatlichen Kollektivvertrages oder Artikel 18 des Gesetzes Nr. 183 vom 04.11.2010 beantragt und gewährt, so ist auf der entsprechenden Maßnahme des Sonderurlaubes diese zusätzliche gesetzliche Grundlage anzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Schulamtsleiter
Dr. Peter Höllrigl